ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Weidner, Helmut

Article — Digitized Version

Die Bedeutung der Umweltberichterstattung für die Umweltpolitik: Anregungen zur Umweltentlastung aus Japan

Geographische Rundschau

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Weidner, Helmut (1990) : Die Bedeutung der Umweltberichterstattung für die Umweltpolitik: Anregungen zur Umweltentlastung aus Japan, Geographische Rundschau, ISSN 0016-7460, Westermann, Braunschweig; Berlin; Hamburg, Vol. 42, Iss. 4, pp. 208-211

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/111949

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Die Bedeutung der Umweltberichterstattung für die Umweltpolitik

Helmut Weidner

Anregungen zur Umweltentlastung aus Japan

Grundlage für eine erfolgreiche Umweltpolitik sind umfassende und aktuelle Informationen über die Entwicklung der Umweltqualität sowie über den Schadstoffausstoß und seine Verursacher. Gleichwohl gibt es auf diesem Sektor in den meisten europäischen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, noch viele Defizite. In Japan dagegen ist schon Anfang der siebziger Jahre das System der Umweltberichterstattung - die systematische Erhebung, Verarbeitung und Veröffentlichung umweltrelevanter Daten - in großem Stil aufgebaut worden. Das hocheffiziente Meß- und Informationssystem hatte entscheidenden Anteil an der Verbesserung der in den sechziger Jahren außerordentlich desolaten Umweltsituation und stößt nunmehr auf wachsendes Interesse in Europa.

Japan, noch vor nicht allzu langer Zeit als eine "Schaubühne der Umweltzerstörung" charakterisiert, gilt inzwischen wegen der effektiven Umweltschutzmaßnahmen als Lehrbeispiel für eine Umweltpolitik, die in kurzer Zeit eine erhebliche Schadstoffverminderung erzielen konnte, ohne damit der Wirtschaft zu schaden. Gerade im Bereich der Luftreinhaltung, wo uns in Europa die Probleme derzeit auf den Nägeln brennen (Stichworte: Saurer Regen, Waldsterben), sind in Japan fast spektakuläre Erfolge erzielt worden. So gehören die Bilder von winters wie sommers dichten Smogglocken über den japanischen Großstädten und von sog. Sauerstoff-Tankstellen in den Hauptverkehrsstraßen der Vergangenheit an, auch wenn es noch längst nicht Reinluft ist, was heutzutage in Japans Städten eingeatmet wird. Auch in anderen Umweltbereichen sind teilweise beachtliche Verbesserungen erzielt worden, so insbesondere beim Schutz der Gewässer vor toxischen Substanzen.

Obwohl viel erreicht worden ist, gibt es noch etliche ungelöste Probleme. So sind die Gewässer immer noch sehr stark durch organische Stoffe belastet, die Abfallmengen aus dem Haushaltsbereich nehmen zu, der radioaktive Müll wird nicht zufriedenstellend entsorgt, Lärmbelastungen treten fast allerorts auf und der rapide steigende Individualverkehr macht den Großstädten immer mehr zu schaffen. Bei allen Schwierigkeiten, die in Japan noch bestehen, ist es doch insgesamt zu bemerkenswerten, wenn die extrem mißliche Ausgangssituation berücksichtigt wird, sogar zu erstaunlichen Umweltqualitätsverbesserungen gekommen.

Umweltpolitische Krise

Die umweltpolitischen Leistungen, die inzwischen weltweite Beachtung, in Einzelfällen sogar Nachahmer finden, sind jedoch nicht als das Ergebnis einer vorausschauenden staatlichen Umweltpolitik zu werten. Sie sind vielmehr Ergebnis einer überaus konfliktreichen Entwicklungsgeschichte, in deren Verlauf es zu einem dramatischen Anstieg der Gesundheitsbeeinträchtigungen durch industrielle Emissionen, zu landesweiten Protesten und militanten Demonstrationen gegen Umweltverschmutzer sowie zu langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Geschädigten und umweltbelastenden Betrieben kam.

Die japanische Umweltpolitik seit Ende des 2. Weltkrieges läßt sich grob in drei Pha-

Tab. 1: Kommunales Luftgütemeßnetz in Japan: Anzahl der Meßstationen und Art der Meßobjekte

Erfaßte Schadstoffe		Stationen zur allgemeinen Immissionsmessung	Stationen an Verkehrswegen	Gesamt
SO_2	(a)	1626	51	1677
NO, NO_2	(a)	1279	284	1563
CO	(a)	214	322	536
Oxidantien	(a)	1006	49	1055
NMHC	(a)	278	127	405
Schwebstaub	(a)	366	30	396
Staubniederschläge	(m)	1563	–	1563

a = automatisch arbeitendes Meßgerät
m = manuell betriebenes Meßgerät
NMHC nicht-aliphatische Kohlenwasserstoffe
Alle Meßstationen werden von Kommunalverwaltungen betrieben

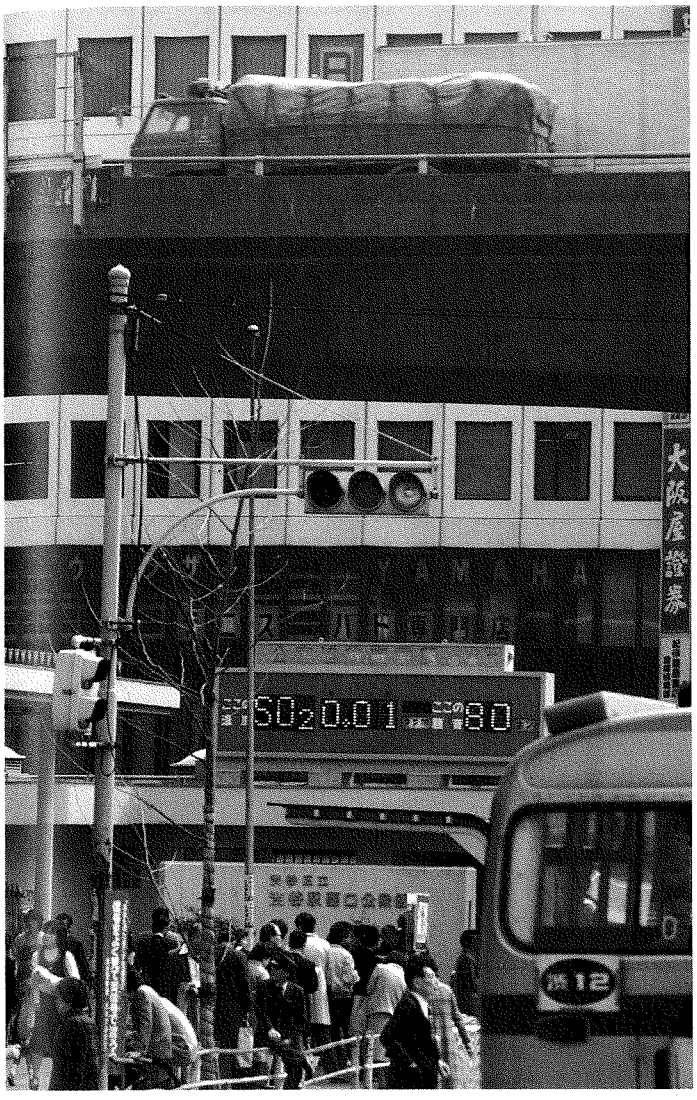

Foto 1: Elektronische Anzeigetafeln übermitteln den Einwohnern in den japanischen Dichtezentren (wie hier in Tōkyō) laufend Angaben über die Schadstoffbelastung der Luft
Foto: H. Weidner

sen mit je unterschiedlichem Politikstil gliedern:

- Die Phase der *"ökologischen Ingnoranz"* bis Mitte der sechziger Jahre, als Regierung und Industrie so gut wie keine Rücksicht auf Umweltbelange und Proteste der Geschädigten nahmen;
- die darauffolgende Phase einer lediglich *"symbolischen Umweltpolitik"*, in der zwar im Wortlaut strenge, in der Praxis aber meist nicht vollzogene Gesetze erlassen wurden,
- und die Phase einer aktiven, *"technokratischen Umweltpolitik"*, die etwa 1970 einsetzte und bis heute andauert. Als technokratisch ist die gegenwärtige japanische Umweltpolitik deshalb zu bezeichnen, weil sie überwiegend auf die Schadstoffverminderung durch technische Mittel, seltener auf die Vermeidung abzielt.

Entscheidenden Anteil an der grundlegenden Wende der japanischen Umweltpolitik zu Beginn der siebziger Jahre hatten vier zivilrechtliche Gerichtsverfahren, in denen die Opfer von Quecksilber- und Cadmiumvergiftungen (Minamata- bzw. Itai-Itai-Krankheit) sowie von Atemwegerkrankungen durch Luftschadstoffe (Yokkaichi-Asthma) hohe Schadensersatzleistungen erstritten. In diesen "Vier großen Umweltschutzprozessen", wie sie in Japan bezeichnet werden, haben die Gerichte das Haftungsrecht im Interesse der Geschädigten geradezu revolutioniert.

Zu den von der Rechtsprechung entwickelten neuen Entscheidungsprinzipien ge-hören insbesondere die Anwendung des epidemiologischen Kausalitätsnachweises hinsichtlich der Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen einer bestimmten Schadstoffkonzentration und dem Gesundheitsschaden, scharfe Sorgfaltsanforderungen bei der Produktion und (eine nahezu vollständige) Beweislastumkehr beim Nachweis der Einhaltung von Sorgfaltspflichten und rechtlichen Vorschriften.

Das alles verbesserte die Stellung der Geschädigten vor Gericht außerordentlich, brauchten sie nun doch nicht mehr wie vormals einen strikten naturwissenschaftlichen Kausalitätsnachweis über den Zusammenhang zwischen Schadstoffen und deren gesundheitlichen Effekten zu erbringen, denn es reichte nun den Gerichten, wenn statistische, etwa durch epidemiologische Untersuchungen gewonnene Informationen es plausibel erscheinen ließen, daß hier ein Zusammenhang besteht.

Die Gerichtsurteile trugen erheblich zum Gesichtsverlust der japanischen Industrie und der offiziellen japanischen Umweltpolitik bei. Es waren jedoch insbesondere die Befürchtungen von Industrie und Regierung, daß es nun zu einer Prozeßlawine gegen umweltbelastende Betriebe kommen könnte, die den Anlaß für die grundlegende Änderung der staatlichen Umweltpolitik abgaben. Deshalb wurden strengere Umweltgesetze nicht nur erlassen, sondern auch vollzogen. In enger Kooperation mit den betroffenen Industriezweigen wurden von Regierung und Ministerialbürokratie kurzfristige Ziele für Umweltverbesserungen abgesteckt und die hierfür erforderlichen Strategien festgelegt.

Unter Druck gerieten Zentralregierung und Industrielobby auch durch Maßnahmen von Politikern stark belasteter Kommunen und Präfekturen. Immer mehr Städte erließen strenge Umweltschutzverordnungen und zwangen die Unternehmen, sog. Umweltschutzvereinbarungen (Kōgai bōshi kyōtei) abzuschließen, deren Anforderungen oftmals weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehen. Auch Bürgergruppen schließen relativ häufig solche Vereinbarungen mit Industrie- und Gewerbebetrieben ab. Derzeit gibt es rund 24 000 Umweltschutzvereinbarungen.

Durch sie kann mit großer Flexibilität gezielt auf die örtliche Umweltsituation und die ökonomische Lage der einbezogenen Betriebe reagiert werden. Die Vereinbarungen hatten, darüber sind sich die meisten japanischen Experten einig, entscheidenden Einfluß auf das Verhalten der Unternehmen. Obwohl es sich hierbei nicht um öffentlichrechtliche oder privatrechtliche Verträge, sondern um bloße "Gentlemen's Agreements" handelt, halten sich die Unternehmen an sie, um nicht vor Ort "das Gesicht zu verlieren" - und um subtile oder massivere Sanktionen der Verwaltung und der Bürger zu vermeiden.

Umweltpolitische Wende

Auf einer Sondersitzung des Nationalparlaments im Jahr 1970 wurden insgesamt 14 Umweltschutzgesetze und -verordnungen verabschiedet. Es kam jetzt darauf an, für tatsächlich ergriffene Maßnahmen Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung zu finden. Hierzu mußte die umweltbezogene Daten- und Informationslage wesentlich verbessert werden: zum einen, um Umweltschutzmaßnahmen auf rationaler Grundlage planen und ihre Wirkungen kontrollieren zu können, zum anderen, um die Forderungen der Bevölkerung nach realistischen Informationen über Stand und Entwicklung der Umweltbelastung sowie über das tatsächliche Verhalten von Unternehmen zu erfüllen. Auch bei vielen Unternehmen gab es ein großes Interesse daran, ihre nun tatsächlich unternommenen Anstrengungen zur Verminderung der Umweltbelastung nachzuweisen.

Schließlich stimulierte auch die gerichtliche Durchsetzung von Schadensersatzlei-

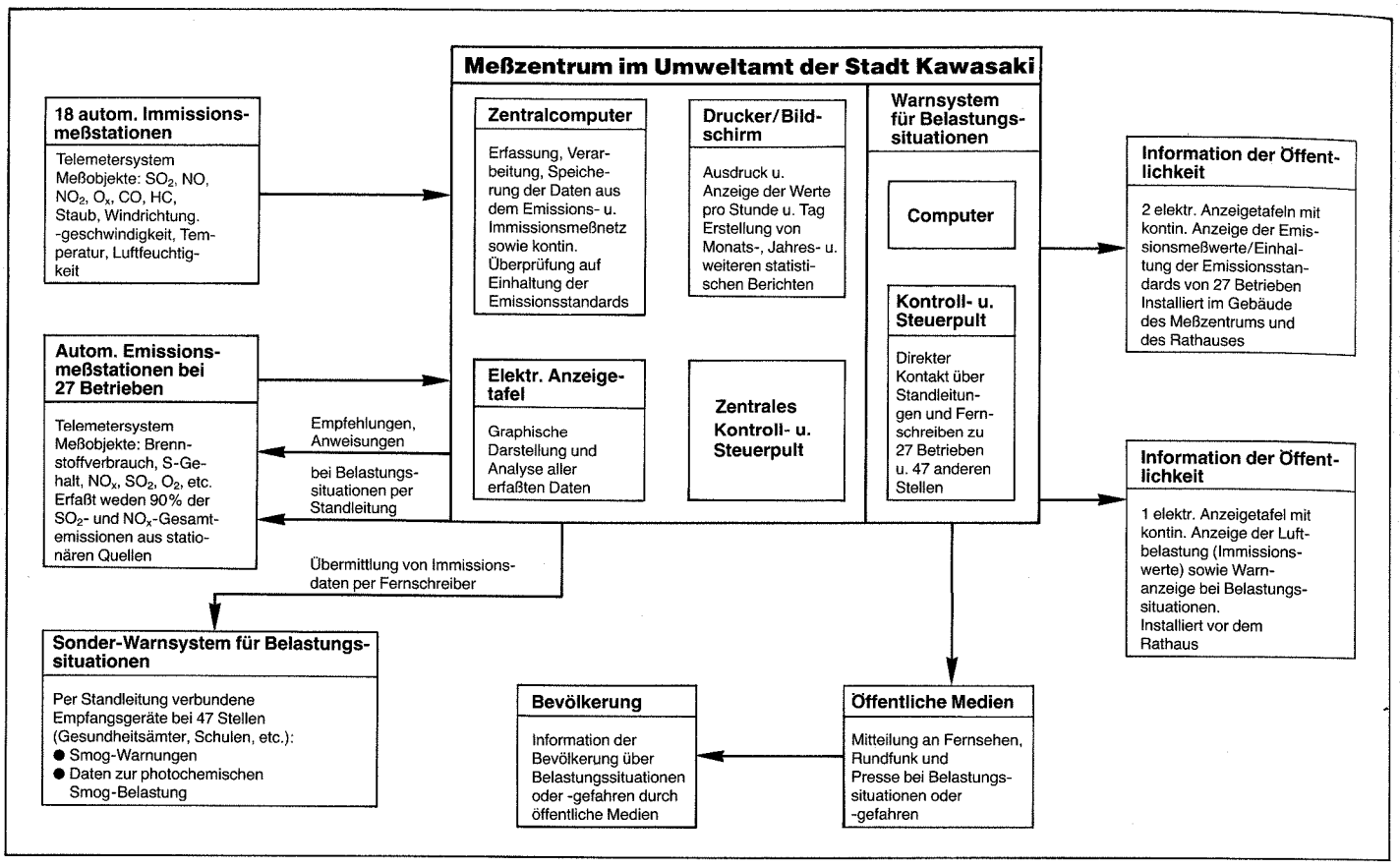

Abb. 1: Überwachungs- und Warnsystem (Immissionsschutz) in Kawasaki *Quelle: Weidner* 1987

stungen für Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Umweltbelastungen sowie das 1973 hierzu erlassene Spezialgesetz die Behörden und Industrie, den Ausbau von Umweltmeßsystemen voranzutreiben: Die Verwaltung benötigte Daten zur Festlegung von Entschädigungsgebieten und zur Anerkennung von sog. Umweltverschmutzungsopfern; für die Unternehmen hing ihre Kostenbelastung durch Umweltabgaben vom Nachweis ihrer Luftschadstoffemissionen ab.

Transparenz durch Umweltberichterstattung

Das System der Umweltberichterstattung erfaßt alle wichtigen Umweltbereiche. Insgesamt kann zur Veröffentlichungspraxis und -form festgestellt werden, daß in Japan nicht nur Emissionen, Immissionen, Zustandsveränderungen der Umwelt, Beschwerden der Bevölkerung, Gesundheitsschäden und Umweltperzeptionen durch die Verwaltung umfassend ermittelt werden, sondern auch in übersichtlicher Weise dokumentiert und veröffentlicht werden. So gibt etwa das nationale Umweltamt seit 1972 alljährlich ein umfängliches "Umweltweißbuch" heraus, in dem in der Regel alle wichtigen Umweltbereiche analysiert und bewertet werden. Dasselbe tun auch größere Kommunen und die Präfekturen für ihren Zuständigkeitsbereich. Daneben gibt es sowohl von anderen Ministerien als auch vom nationalen Umweltamt selbst zahlreiche Spezialpublikationen zu einzelnen Umweltfragen.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Teilbereiche des japanischen Umweltberichterstattungssystems ist festzustellen, daß sein Herzstück das Informationssystem für Luft- und Gewässerbelastung ist. Japan hat hierzu im weltweiten Vergleich das dichteste vollautomatisierte Luftgütemeßnetz aufgebaut. Der Ausbau erfolgte in einem zügigen Tempo: 1971 waren rund 500 Stationen in Betrieb, wenige Jahre später waren es nahezu 1000; gegenwärtig sind annähernd 1700 Meßstationen kontinuierlich in Betrieb (vgl. *Tab. 1*). Zum Vergleich: In der Bundesrepublik Deutschland, die immerhin in Europa eines der bestausgebauten Meßnetze hat, gibt es nur rund 270 automatische Meßstationen.

Große Anstrengungen wurden in Japan auch zur kontinuierlichen Erfassung des Schadstoffausstoßes (Emissionsentwicklung) unternommen. Seit etwa 1970 werden automatische Emissionsmeßgeräte auf der Basis des Telemetersystems (Fernübertragung) direkt bei größeren Luftverschmutzungsquellen im Industrie-und Kraftwerksbereich installiert. Mit diesen Geräten werden in aller Regel der Brennstoffverbrauch, der Schwefelgehalt im Brennstoff sowie die Massenkonzentration von Stickstoffoxiden und Schwefeldioxid im Rauchgas erfaßt. Die Daten werden über Standleitungen oder Funk fortlaufend an die zuständigen Umweltverwaltungen übermittelt, so daß diese ständig über das Umweltverhalten der wichtigsten Schadstoffquellen in ihrem Zuständigkeitsbereich informiert sind. Mittlerweile haben 34 Kommunen solche Systeme bei über 700 Betrieben eingerichtet (vgl. *Tab. 2*).

In ähnlicher Weise, wenn auch nicht dermaßen flächendeckend wie beim Immissionsschutz, ist der Gewässerschutzbereich organisiert. Hier sind 280 automatische Meßstationen zur Bestimmung der Gewässerqualität in Betrieb (Stand 1987); davon sind 256 bei Flüssen, 14 bei Seen und 10 am Meer installiert. Für die Ermittlung der Abwasserinhalte werden von den japanischen Kommunen 361 automatisch-kontinuierlich arbeitende Abwassermeßstationen betrieben, die in insgesamt 11 Telemeter-Netzwerke eingebunden sind. Die Kosten für die Installation und den Betrieb der Meßgeräte sind von den Unternehmen selbst zu tragen. Die Überprüfung und Wartung der (plombierten) Meßgeräte findet nur unter behördlicher Aufsicht statt. Für die Einrichtung der Meßgeräte gibt es keine umweltgesetzliche Grundlage; die Durchsetzung dieser Maßnahmen, die in diesem Umfang weltweit beispiellos sind, erfolgte mit Hilfe der Umweltschutzvereinbarungen, die zwischen Betrieben und Kommunalverwaltungen auf freiwilliger Basis geschlossen werden.

Effektive Smog-Warnsysteme

Von großem Interesse für europäische Städte, die von Smog-Episoden geplagt werden, dürften die Smog-Warnsysteme der japani-

Tab. 2: Meßstationen zur Erfassung der Schadstoffemissionen (Luft) in Japan: Entwicklungstrend 1970–1983

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983
Anzahl der Meßstationen	66	163	361	477	551	652	684	683	701	702	704	709	704	712
Anzahl der Kommunen, die das System eingeführt haben	1	2	5	12	17	22	24	25	27	28	29	31	31	34

Quelle: Nach Angaben des nationalen Umweltbundesamtes, Tokio

schen Kommunen und Präfekturen sein. In diese Systeme werden die kontinuierlich erfaßten Immissions- und Emissionsdaten systematisch einbezogen. Hierdurch, und über das in der Regel gut ausgebaute elektronische Warnsystem, ist es in Japan möglich, drohenden Smogsituationen gegenzusteuern oder zumindest die Gesundheitsbeeinträchtigungen geringer zu halten, als es ohne solch ein effizientes Warnsystem möglich wäre (vgl. *Foto 1*).

In der Industriestadt Kawasaki (1,1 Mio. E.) etwa sind gegenwärtig 18 automatische Meßstationen zur Ermittlung der Luftqualität in Betrieb. Die Daten werden fortlaufend an das städtische Umweltbeobachtungszentrum übermittelt. Eine elektronische Schautafel vor dem Rathaus zeigt den Einwohnern die Ergebnisse an und warnt bei Gefahr hoher Luftbelastung. Außerdem werden, falls eine hohe Luftbelastung droht, die 27 Großbetriebe der Stadt, die für über 90 % der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen in Kawasaki verantwortlich sind, unverzüglich per Computersteuerung informiert und zu Gegenmaßnahmen aufgefordert. Ob sich die Betriebe an diese behördliche Aufforderung halten, ist für die Umweltbeamten jederzeit kontrollierbar, denn diese Großbetriebe sind an das städtische Emissionsmeßsystem angeschlossen.

Weiterhin werden diese Emissionsdaten fortlaufend auf zwei speziellen elektronischen Schautafeln angezeigt, die für die Öffentlichkeit zugänglich im städtischen Umweltbeobachtungszentrum und in der Eingangshalle des Rathauses aufgestellt sind. Im Oktober 1984 wurde das System der Informationsoffenlegung für Umweltdaten dahingehend erweitert, daß jeder Bürger auf Anfrage von der Umweltbehörde Auskunft über den Schadstoffausstoß von Einzelbetrieben erhalten kann. Die Betriebsleitung kann hiergegen innerhalb einer bestimmten Frist Einwand erheben, wodurch vor allem die Wahrung von Betriebsgeheimnissen sichergestellt werden soll.

Neben allgemeinen Überwachungsaufgaben dient das Umweltbeobachtungssystem der Stadt Kawasaki speziell der Warnung vor photochemischem Smog sowie der gezielten Reaktion hierauf. Der Aufbau des Smog-Warnsystems war im März 1974 abgeschlossen. Es bezieht Immissions- und Emissionsdaten sowie meteorologische Grunddaten systematisch ein (vgl. *Abb. 1*). Bei Smoggefahr werden nicht nur die Großemittenten in der Stadt informiert, sondern auch die Bevölkerung. Gesundheitsämter und Schulen werden gesondert informiert. So sind etwa ausschließlich für Smogwarnungen Standleitungen zu 47 Schulen und Gesundheitsämtern eingerichtet worden. Die dort installierten Empfangsgeräte signalisieren nicht nur eine Smogwarnung, sondern machen auch Angaben zur Höhe der Luftbelastung.

Transparenz stimuliert umweltpolitische Leistungen

Die systematische Erhebung und Offenlegung umweltschutzbezogener Daten durch die zuständigen Verwaltungen schafft, darin sind sich die japanischen Experten einig, einen beträchtlichen Anreiz für die industriellen Luftverschmutzer (Emittenten), nicht nur die Umweltschutzauflagen einzuhalten, sondern auch über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehende Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen. Die Verwaltung setzt das Mittel der Informationsoffenlegung häufig gezielt ein, um das Verhalten von Emittenten zu beeinflussen. Hierzu gehört insbesondere die öffentliche Bekanntgabe von Betrieben, die nicht den Verwaltungsanordnungen oder -empfehlungen folgen wollen. In Verbindung mit der gut ausgebauten meßtechnischen Kontrolle unterliegen die größeren Umweltverschmutzer hierdurch einer recht weitgehenden permanenten öffentlichen Kontrolle.

Aus einer demokratietheoretischen Perspektive betrachtet, schafft das japanische System der Umweltberichterstattung die zentrale Voraussetzung für eine substantielle Bürgerpartizipation im Bereich der Umweltpolitik: Es gewährleistet in hohem Maße die notwendige Transparenz, die es den Bürgern erst ermöglicht, eigenständig Leistungen und Defizite im Umweltschutz beurteilen und in rationaler Weise umweltpolitische Prioritäten setzen zu können. Soweit feststellbar, hat die japanische Praxis einer weitgehenden Offenlegung umweltschutzbezogener Informationen die Position der Bürger bezüglich ihres Einflusses auf Umweltschutzmaßnahmen entscheidend gestärkt, ohne daß die Unternehmen von einer Welle unerfüllbarer Ansprüche überschwemmt wurden oder die Steuerungskapazität der Umweltverwaltung geschwächt wurde. Befürchtungen, wie sie auch in der Bundesrepublik Deutschland geäußert werden, daß ein hohes Maß an Transparenz die Bürger überfordere oder gar hysterische Reaktionen auslösen könne, haben sich als unzutreffend erwiesen. Nachteilig wirkt sich die Informationsoffenlegung allein für Unternehmen mit geringen Umweltschutzleistungen aus.

Fazit

Aus den Erfahrungen in Japan mit einem gut ausgebauten Umweltberichterstattungssystem kann allgemein folgendes Fazit gezogen werden: Informationen zur Umweltpolitik sind der immaterielle Rohstoff einer erfolgreichen Umweltpolitik. Die problemorientierte und vorausschauende Erhebung von Daten, die zur Beurteilung der Umweltqualität wichtig sind sowie eine aktuelle, kontinuierliche, wahrhaftige und verständliche Berichterstattung hierüber sind grundlegende Voraussetzungen für gezielte umweltpolitische Maßnahmen und für die Möglichkeit der Bürger, die Qualität ihrer Umwelt und die Leistungen der Umweltpolitik wie auch der Unternehmen beurteilen zu können.

Ein hohes Maß an Transparenz ist für die Durchsetzung einer effektiven und ökonomisch rationalen Umweltpolitik eine unabdingbare Voraussetzung. Das ist am Beispiel der japanischen Umweltpolitik deutlich zu erkennen. Und der Blick auf die umweltpolitischen Entwicklungen in Europa zeigt, daß dieses Beispiel immer mehr Schule macht. •

Literatur

Tsuru, S., und *H. Weidner* (Hrsg.): Environmental Policy in Japan. Berlin 1989.
Weidner, H.: Umweltberichterstattung in Japan. Erhebung, Verarbeitung und Veröffentlichung von Umweltdaten. Berlin 1987.

Autor
Dipl.-Pol. **Helmut Weidner**, geb 1948.
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 1000 Berlin 30.
Arbeitsgebiete/Forschungsschwerpunkte: Umweltpolitik in Industriestaaten; Internationaler Politikvergleich.